

SPD-Fraktion
DIE LINKE Fraktion im Rat der Stadt Köln
Ratsgruppe BUNT

An die
Vorsitzende des Rates

Frau
Oberbürgermeisterin Henriette Reker

Eingang beim Büro der Oberbürgermeisterin:

AN/1867/2018

Änderungs- bzw. Zusatzantrag gem. § 13 der Geschäftsordnung des Rates

Gremium	Datum der Sitzung
Rat	

**Offensive zur Förderung des Instruments „Teilhabe am Arbeitsmarkt,,
Änderungsantrag zu TOP 3.1.1.**

Sehr geehrter Frau Oberbürgermeisterin,

die Antragsteller bitten Sie, folgenden Änderungsantrag zu TOP 3.1.1 auf die Tagesordnung der Ratssitzung am 18.12.2018 zu setzen:

Beschluss:

1. Ausgehend vom Teilhabechancengesetz (10. Änderungsgesetz des SGB II) und des Berichts des Jobcenters Köln vom 06.11.2018 wird die Verwaltung beauftragt, die neu geschaffenen Instrumente und Spielräume des §16i SGB II und 16e SGB II (Sozialgesetzbuch 2. Teil) aktiv zu nutzen, um langzeitarbeitslose Menschen in sozialversicherungspflichtige, tariflich bezahlte Beschäftigungsverhältnisse zu bringen. Gegebenenfalls ist eine Ergänzung durch Mittel aus evtl. eingesparten KdU vorzunehmen.
2. Der Rat fordert die Verwaltung sowie die städtischen Unternehmen auf, aktiv Arbeitsverhältnisse über die Instrumente des §16 i SGB II und 16e SGB II zu schaffen.
3. Die Verwaltung wird gebeten gemeinsam mit dem Jobcenter die Interessen und Bedürfnisse der anspruchsberechtigten Personengruppe zu ermitteln und ggf. neue Beschäftigungsbereiche zu schaffen und besonders im Rahmen von In-House-Beauftragungen verstärkt Aufträge für Dienstleistungen zur allgemeinen Verbesserung der Lebensqualität an städtische Gesellschaften zu vergeben. Dabei sind insbesondere auch die Stadtteile zu berücksichtigen, in denen ein besonderer Entwicklungsbedarf besteht und die daher von einer Aufwertung ihres Erscheinungsbildes in besonderem Maße profitieren können. Zielsetzung ist es, darüber langzeitarbeitslose Menschen über die Instrumente des §16i SGB II und 16e SGB II in sozialversicherungspflichtige, tariflich bezahlte Arbeit zu bringen.
4. Die Verwaltung wird gebeten, die in 2018 nicht verausgabten Haushaltsmittel für Kom-ProArbeit für das Haushaltsjahr 2019 zur Verfügung zu stellen.

5. Seitens der Stadt Köln und des JobCenters sind lokale Wirtschaftsunternehmen durch geeignete Werbemaßnahmen auf das Bundesprojekt Sozialer Arbeitsmarkt aufmerksam zu machen und dafür zu gewinnen. Es soll zudem geprüft werden, ob Ausschreibungen städtischer Aufträge so gestaltet werden können, dass Unternehmen, die sich an dem Projekt beteiligen, Berücksichtigung finden („Dortmunder Modell“).

6. Über die Umsetzung ist regelmäßig in den Fachausschüssen (SoSe und WiA) zu berichten.

Begründung :

Trotz guter Konjunkturlage bleibt die Zahl der langzeitarbeitslosen Menschen (rd. 1 Mio. in Nov. 2017) sowie der Menschen in Langzeitleistungsbezug bundesweit auf hohem Niveau. Die Chancen auf Erwerbsarbeit und damit einhergehend auf gesellschaftliche Teilhabe haben sich für sie bislang nicht verbessert.

Mit der Einführung des § 16i im 2. Sozialgesetzbuch setzt die Bundesregierung durch Zahlung von Lohnkostenzuschüssen auf die Schaffung und Bereitstellung sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungsverhältnisse für sehr arbeitsmarktferne Personen. Zielgruppe sind Personen, die innerhalb der letzten sieben Jahre mindestens sechs Jahre im Leistungsbezug ohne nennenswerte Beschäftigung waren.

In Köln erfüllen rund 11.000 Personen die Voraussetzungen des neuen Regelinstrumentes. Das Jobcenter Köln plant für 2019 mit der Förderung von 600-700 Vollzeit-Arbeitsplätzen. Es handelt sich hierbei um Einzelfallförderungen.

In Kooperation mit dem Kommunalen Programm für Arbeit und Beschäftigungsfähigkeit (KomProArBeit) sollen so passgenaue sozialversicherungspflichtige und tariflich bezahlte Einzelarbeitsplätze für einzelne Leistungsberechtigte bereitgestellt und gefördert werden. Hierzu könnten gehören:

- Verwaltungsnahe Qualifikationen;
- Grün- und Baumpflege inklusive Friedhöfe, Rheinpark, Botanischer Garten und Spielplätze
- Betrieb von Toilettenanlagen in spielplatznähe
- Sportstättenunterhaltung und Sportamt
- Eigenreinigung
- Ausweitung des Pilot-Projekts Stadtteilservice (Lindenthal) auf andere Stadtbezirke
- Bürgerhäuser und -zentren
- Beschäftigung in der Pflege in Absprache mit den Wohlfahrtsverbänden.

Die Verwaltung wird gebeten, zusammen mit dem Jobcenter die Nutzung zur Förderung von Probebeschäftigung über einen Zeitraum von drei Monaten mit 100 %iger Förderung anzuwenden, um die Interessen und Bedürfnisse der anspruchsberechtigten Personengruppe zu ermitteln und ggf. neue Beschäftigungsbereiche zu schaffen.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Dr. Barbara Lübbecke
SPD-Fraktionsgeschäftsführerin

gez. Michael Weisenstein
Fraktionsgeschäftsführer DIE LINKE

gez. Thomas Hegenbarth

Wählergruppe BUNT